

Die Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post 25,50 Mark,
auswärts, Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungserziehung unter
Celle-Zeitungen eingeschrieben, für
unvollständig eingeschickene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Halle-Zeitungs-Ge-
sellschaft, Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Postzeitung-Nr. 1140 u. 1133
u. 7413, der Bezugs-Abt., Nr. 11333

Halle-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 327.

Halle, Freitag, den 16. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Krise in Spa überwunden.

Ein Kohlenlieferungs-Abkommen für vorläufig sechs Monate — Die französischen Erpresser-Absichten misslungen
Der Weltmarktpreis als Grundlage für die Kohlenlieferungen — Ein Vorschlag zur Einführung von Lebens-
mitteln und Rohstoffen nach Deutschland verlangt.

Erpressung oder Uebereinkommen?

Spa, 15. Juli. (Sonder-Telegramm des
W.B.) Paros. Die Deutschen haben unter
gewissen Bedingungen die Vorkläufe der Allii-
erten in der Frage der Kohlenlieferungen an-
genommen.

Eine Befestigung von deutscher Seite
liegt noch nicht vor.

Vorliegende Meldung traf Donnerstag nachmittag
ein. Abholte Klarheit bringt sie noch nicht. Ihr voraus-
ging eine andere Doppelmeldung folgenden Inhalts:

Spa, 15. Juli. Wie bekannt wird, haben die Allii-
erten gestern Abend ein Abkommen über die mili-
tärliche Besetzung des Ruhrgebietes unter-
zeichnet. Der Einmarsch soll nach Ablauf eines an die
deutsche Regierung gestellten Ultimatus vor sich gehen,
zu dessen Befestigung der Oberste Rat heute früh um
11 Uhr zusammengetreten wird.

Spa, 15. Juli. Die deutsche Regierung hat dem
Obersten Rat ihre endgültige Entscheidung in der
Kohlenfrage schriftlich übermittelt. Das Schriftstück
wurde von einem Privatsekretär des Reichsministers
Dr. Simons an den englischen Premier-
minister delegiert.

Gestern wurde die Nachricht verbreitet, daß während
der sich von 11½ bis 6 Uhr hinziehenden Besprechungen
der Alliierten, bei denen die Generale Foch und Maglaine
Bericht über die militärische Lage erlangten, kein Ver-
kehr mit den Deutschen stattgefunden habe. Es sollte
damit wohl angedeutet werden, daß man vor dem Ab-
bruch der Verhandlungen stand. Nach den Meldungen,
die wir im gestrigen Abendblatt veröffentlichten, scheint
das aber nicht ganz zu stimmen, sondern die Fälligkeit
des Dr. Simons mit Lord George hat wohl doch noch
bestanden und zwar nach dem Gefühl, daß die deutsche
Delegation ihre endgültige Entscheidung dem Obersten
Rat noch vor dessen Zusammentritt zur Befestigung des
Ultimatus zugesandt hat. Diese letzte Entscheidung der
deutschen Delegation wird durch das offizielle französische
Depeschenbüro nun dahin geteilt, daß wir die Vor-
schläge der Alliierten unter gewissen Bedingungen an-
genommen hätten. Der Form nach haben also die Alliierten
ihren Willen durchgesetzt. Es ist aber wohl nach
allem, was vorüberging, anzunehmen, daß die deutschen
Bedingungen derart sind, daß sie eine Erfüllung der
übernommenen Verpflichtungen auch anlassen oder
überhaupt möglich machen. Unsere Unterhändler werden
sich darüber kaum eigentlich kaum ein Zweifel bestehen,
durch die Androhung der Besetzung des Ruhrgebietes keine
Zugabe haben abpressen lassen, die letzten Erbes noch
nur auf dem Papier gestanden und uns Alliierten anfer-
legt hätte, die wir beim besten Willen nicht hätten er-
füllen können und deren Nichterfüllung durch das
Einmarsch der Entente-Truppen zur Folge gehabt haben
würde. Die Zugeständnisse der Alliierten werden also
inzwischen zu gemessen sein, daß unsere Unterhändler
entnehmen konnten, den Bergarbeitern die Ausfuhr
des Kohlenabkommens zuzumuten zu dürfen. Wie die
Bergarbeiter über die Angelegenheit denken, hat ja aus
mit aller Wichtigkeit Klarheit gesagt. Danach
liegt wohl die Annahme nicht außerhalb des Bereichs
der Möglichkeit, daß die Ansprache zwischen Lord
George und Simons dazu geübt hat, der deutschen
Delegation den Weg zu zeigen, wie dem französischen
Kriegsministerium am besten zu aller Zufriedenheit der
Welt und des Spas sein eigenes überbringen. Ein
Formalismus gemieden werden kann. Daß es sich bei
der Kraftprobe seitens der Franzosen in erster Linie
um eine Preisfrage handelt hat, der auch durch eine
Spezialkommission bevestiget werden können, ist wohl
kaum noch zweifelhaft. Denn daß die Befestigung des
Ruhrgebietes den Franzosen die Erfüllung ihrer Kohlen-
forderungen gebracht hätte, daran glaubt sicher auch in
Paris und Spa kein Mensch mehr. In einer forcierten
Arbeitsleistung kann keine Macht der Welt die Kohlen-
arbeiter des Ruhrgebietes zwingen. Wenn mehr ge-
fordert werden soll, so ist es nur möglich auf dem Wege
der freiwilligen Mobilisierung auf Grund vernünftiger
Zugeständnisse in den Entlohnungs- und Ernährungs-
fragen. Wenn Foch und Genossen wie Schleidenbauer
vorgesehen wollten, so dürfen ihnen gar bald die Arbeiter-
organisationen der ganzen Welt einen Strich durch die
Rechnung gemacht haben.

Daß unsere in vorstehenden Zeilen niedergelegte An-
sicht richtig ist, beweist eine ergänzende Meldung, die
uns jenseits in der neuesten Abendstunde, der Draht aus
Berlin übermittelt. Danach handelt es sich in der Tat
um einen Scheinriegel der französischen Auffassung

und um ein Nachgeben der Alliierten, die eingeschoben
haben, daß die Drohung mit dem Einmarsch die deutsche
Delegation nicht zu Unbarmherzigkeiten zu verleiten ver-
mag. Die Deutschen haben nur insofern nachgegeben, als
sie gewissermaßen eine Probe, einen Versuch ausge-
stehen haben, der für sechs Monate eine Lieferung von
monatlich zwei Millionen Tonnen (gegenüber ur-
sprünglich geforderten drei Millionen) vorläufig unter
Bestimmungen, die den deutschen Vorschlägen ziemlich
nah Rechnung tragen. Während der vorläufigen
Lieferungen bleiben die Entscheidungen der Alliierten
vom 9. bzw. 11. Juli, die für uns unannehmbar waren,
außer Kraft. Den Lieferungen während der sechs Mo-
nate wird der Weltmarktpreis zugrunde gelegt, dessen
Differenz zum Inlandspreis auf das Reparationskonto
angerechnet wird. Auch die oberste Kohlenfrage
ist bei dem Abkommen berücksichtigt. Ferner wird seitens
der Alliierten Deutschland ein Vorschlag zur Beschaffung
von Lebensmitteln und Rohstoffen gemacht und eine
gemeinsame Kommission in Offen eingerichtet, die sich mit
der Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter
befassen soll.

Da die einigungs wiederergebene Spa-Meldung
ausdrücklich von einer Annahme der Kohlenvorschlüsse
der Alliierten durch die deutsche Delegation spricht, ist
anzunehmen, daß auch die deutschen Bedingungen in ein
Abkommen mit einbezogen werden sollen. Es scheint
also tatsächlich so, als ob die französischen Erpressungs-
absichten in ihrem vollen Umfang nicht zum Ziele ge-
kommen sind, sondern, daß man den Weg des Ueberein-
kommens auf eine Probezeit von sechs Monaten vorge-
zogen hat. In dieser Zeit wird es sich ja zeigen, ob bei
allseitigen guten Willen die Lieferung von monatlich
2 Millionen Tonnen praktisch durchführbar ist.

Die Antwort der deutschen Regierung in der Kohlenfrage

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Krise in Spa scheint nach den Meldungen der Abend-
blätter überwunden zu sein. Der Oberste Rat hat
uns offiziell gemeldet, daß die Antwort der deutschen Re-
gierung auf sein mündliches Ultimatum bereits erhalten.
Sie umfaßt sechs Punkte, in denen es u. a. heißt:

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. Aug.
1920 an auf vorläufig sechs Monate den alliierten Re-
gierungen monatlich jeweils 2 Millionen Tonnen Kohle
zur Verfügung zu stellen.

2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert
für die Kohle bis zur Höhe des deutschen Inlandspreises
unter Anrechnung der Differenz zum Weltmarktpreis auf
das Reparationskonto in bar, soweit nicht die Art der
Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanz-
frage anders bestimmt wird.

3. Während der Dauer der vorläufigen Kohlenlieferun-
gen bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der
Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 9. Juli
mitgeteilt worden und am 11. Juli abgelehnt worden sind,
außer Anwendung. Eine Erklärung der monatlich
abzuführenden Tonnage durch den Wiebergutmehrsaus-
schuß findet so lange nicht statt.

4. Es wird ein Abkommen über die Raue in Ober-
schlesien getroffen, durch das die deutsche Regierung das
Recht der Beteiligung der obersteleischen Kohle zurückbehält,
oder ihr der monatliche Bezug von mindestens
1½ Millionen Tonnen gewährleistet wird.

Es wird alsbald eine spezielle Kommission in
Gießen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu unter-
suchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter
in Arbeit, Nahrung und Wohnung und damit die Er-
zeugung der Kohlenminen des Ruhrgebietes verbessern
kann.

5. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur
Einführung von Lebensmitteln aus dem Aus-
lande für keinen Bedarf, sowie Maßnahmen für die deutsche
Industrie und Landwirtschaft einen Vorstoß zu ge-
währen. Die Beratungen über den Vorstoß werden im
Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die
finanziellen Fragen alsbald unter Zuguhung beiderseitiger
Endverfügungen aufgenommen.

Weitere Meldungen.

Spa, 15. Juli. Wie von ausländiger Stelle mitgeteilt
wird, haben sich auf deutscher Seite nach der Befestigung,
die der Minister Dr. Simons gestern mit Lord Geo-
orge hatte, noch einige Unklarheiten. Am He aufzufassen,
hatte im Auftrag der deutschen Regierung Professor Bonn
mehrere Besprechungen mit dem Privatsekretär Lord Geo-

orges, der der gestrigen Konferenz der beiden Minister bei-
wohnte.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Deutsche
Tagesszeitung“ behauptet, die Beschlusfassung innerhalb der
deutschen Delegation sei zwei ereignisreichen Auseinandersetzungen
entfallen. Lord George habe sofort nach Empfang der
deutschen Erklärung Mitterand verständigt.

Die Vorkläufe dieser Beratungen zieht der Spaer
Berichterichter der „Vol. It.“ kurz dahin zusammen, daß
durch die Intervention der Engländer plötzlich das Opfer
nützlich wurde, das man nicht bringen zu können glaubte, so
lange nicht mit Frankreich und den anderen Kohlenläub-
nern verhandelt worden ist. Der Mißton ist in dem Besuch
Simons bei Lord George zu suchen.

Dem „B. L.“ zufolge sind General De Goutte und der
italienische und französische Leiter der entsprechenden Mit-
teilmann aus Berlin in Spa eingetroffen. Von gewisser
französischer Seite, die der Sanierung von Spa feindlich
gegenübersteht, wird auch gegen die bevorstehende Finanz-
konferenz in Brüssel gearbeitet.

W.B. Spa, 15. Juli. (Drahtnachricht.) Heute Abend
um 9 Uhr findet in der Villa Neubois eine Besprechung
zwischen dem englischen Premierminister Lord George,
dem französischen Ministerpräsidenten Mitterand und
Reichsminister Simons statt.

W.B. Spa, 15. Juli. (Drahtnachricht.) Die Sach-
verständigen der Alliierten sind heute nachmittag 3 Uhr
zur Prüfung der deutschen Vorschläge in der Kohlenfrage
zusammengetreten. Der Oberste Rat hat heute 14 Uhr
in La Francaise zusammengetreten, um das Gutachten
der alliierten Sachverständigen über die deutschen Vor-
schläge entgegenzunehmen und die endgültige Ent-
scheidung zu treffen.

Ein Abkommen der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit Frankreich.

Mannheim, 14. Juli. Wie der „General-Anzeiger“
meldet, wurde zwischen der Badischen Anilin- und Soda-
fabrik in Ludwigshafen und Frankreich ein Abkommen über
die Herstellung des ignitiven Ammo-
niums abgeschlossen. In der französischen Kammer wurde
nun ein Gesetzesvorstoß eingebracht, nach dem der Kriegs-
minister ermächtigt werden soll, das Uebereinkommen durch-
zuführen. Es wird beabsichtigt, einer Privatgesellschaft das
betreffende Patent zu überlassen, die es in einem Jahr zur
Verfügung gestellten Teil der Pulverfabrik von Louvois
verwerten soll.

Eine Verordnung über den Saatgutverkehr.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Von auslän-
diger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund der in der Reichs-
gesetzgebung für das Frühjahr 1920 erteilten Ermäch-
tigung hat der Reichsminister für Ernährung und
Verbrauchsfragen durch eine Reichsgesetzblatt veröffentlichte
Verordnung Bestimmungen über den Saatgutverkehr mit
Getreide für das neue Wirtschaftsjahr erlassen. Für Brot-
getreide und Gerste ist im wesentlichen an der bisherigen
Regelung festgehalten. Die Verordnung erstreckt sich auf
Grund der neuen Bestimmungen der Reichsgesetzgebung
in gleicher Weise auch auf Hafer. Die Saatgutverehrung
müßte beibehalten werden, da der Saatgutverkehr nach wie
vor eine der Hauptfragen bildet, auf denen sich der Scheit-
handel zu bewegen vermag. Um Mißbräuchen vorzubeugen,
erhielt daher der Saatgutverehrung noch so lange notwen-
dig, als die öffentliche Veranlassung des Getreides er-
forderlich ist. Die im Bereiche hinsichtlich der Saatgut-
auslieferung getroffenen neuen Bestimmungen haben sich im-
wieweil eingeführt, daß für das kommende Wirtschaftsjahr
eine schnelle und glatte Abwicklung des Saatgutver-
kehrs ermarct werden kann.

Rußland und Polen.

Wars, 15. Juli. Nach einer Meldung des „Motta“ aus
Spa soll dort gestern Abend eine Nachricht aus London ein-
getroffen sein. Die Sowjet-Regierung habe die von Lord
George gestellten Bedingungen, in Warschau-Warsaw-Ver-
handlungen mit Polen einzutreten, angenommen. Die Nach-
richt, die der „Dain Herald“ verbreitete, sei noch nicht be-
stätigt. Lord George habe den Text der Note der Sowjet-
Regierung noch nicht erhalten.

London, 15. Juli. Bonar Law hat im Inter-
esse ein langes Telegramm verlesen, das die englische
Regierung an die Sowjet-Regierung geschickt hat. Das Tele-
gramm besagt, die englische Regierung hat davon Kenntnis
genommen, daß die Sowjet-Regierung die in dem
englischen Memorandum vom 1. Juli niedergelegten Grund-
sätze als Grundlage für ein Abkommen, betreffend die
Wirtschaftsaufnahme der Handelsbeziehungen und die bei-
seitige Einfuhr von Waren, in Betrachtung der Feind-
seligkeiten annimmt. Die englische Regierung hat

Halle und Umgegend.

Beilage zum 16. Juli 1920.

Mittelland-Kanal.

Der Preussische Landesausschuss hat sich schon mitgeteilt, dass die Vorlage der Regierung auf Fortbau des Mittel-, Landkanals auszugehen, und zwar ist die Mittellinie gewählt, jedoch nicht die Südbahn. In der Vorlage selbst sind die bestimmten Linienführungen eingezeichnet. Bezüglich der Südbahn ist die Südbahn in ihrer ursprünglichen Richtung nicht so weit wie die Mittel- und Südbahn, sondern nur bis zur Station Wittenberg und darüber hinaus zu einem gewissen mit erhöhten Schiffsvermögen verbundenen Umwege. Auch hat sie für diesen Verkehr den Nachteil, dass die Elbe benutzt werden muss. Andererseits beträgt die in der Mittel- und Südbahn verlaufende Strecke die kürzeste Verbindung zwischen dem Mittel- und Südbahn. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Bei der Entscheidung über die Frage der Führung ist letzten Endes die wirtschaftliche Bedeutung des Durchgangsverkehrs sowie die des Orts- und Kanarverkehrs auszulassen. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Ein ganz anderes Gesicht aber bekommt die Sache, wenn sie nicht vom preussischen, sondern von den übrigen Geschäftspartnern des Mittel- und Südbahn Kanals betrachtet wird. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Was hat das nun für einen Sinn, dass die Regierung das Parlament sich abgeben mit der Frage, welche Linie für den Kanal die wichtigste ist. Wenn der Kanal schon bei der Einbringung der Vorlage den Bestimmungen zufolge auf der Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Die Frage, ob der Mittel- und Südbahn Kanal durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Die Frage, ob der Mittel- und Südbahn Kanal durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Die Frage, ob der Mittel- und Südbahn Kanal durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden. Die Mittel- und Südbahn sind durch den Kanal verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Der neue Leiter für die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bei der Hauptversammlung für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide in der Provinz Halle ist die Stelle des Leiters der Kriegsbeschädigten- und Kriegsinvalidenfürsorge in der Provinz Halle als dritte hinterbliebenen mit Herrmann Hübner, bisher als Leiter der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bestetzt worden. Er wird die Stelle für ein Jahr bekleiden, bis zum 30. Juni 1921.

Die Hauptversammlung der am 25. Juni, 6. Juli, 15. und 16. Juli aus der Gemeinde zurückgekehrten Kinder findet am Montag, den 19. Juli, um 12 Uhr im hiesigen Gesundheitsamt, Schmeerstraße 1, statt. Gesundheitsbeamte sind mitzubringen.

Das Provinzialmilchgesetz wird in diesem Jahre am 30. August bis 1. September in Halle gefeiert werden. Am 30. August wird am Morgen 6 Uhr die Messe gelesen, nach dem Gottesdienst Vortrag aus der Milchsäuererlei in Halle gehalten. Nach der Mittagspredigt am Dienstag, die Generalinspektion D. Stolte, Magdeburg übernommen hat, wird am Abend Milchsäuererlei

D. Koenigsdorf-Berlin sprechen über die Selbstbestimmung der deutschen Mission. Für die Fortsetzung der Mission in Ostpreußen ist ein Vortrag von Missionsinspektor Koenigsdorf in Aussicht genommen. Eine Evangelisationsreise für Barmen mit Vorreden des bekannten Evangelisten und Missionsinspektors Koenigsdorf, sowie Missionarinnen, wird in der Provinz Sachsen in allen Gemeinden der Provinz Sachsen von der Provinzialmission durchgeführt werden. Der Provinzialmissionssitz wird einleiten.

Kunst und Wissenschaft.

Ausstellung Grabst. Scheller. Man schreibt uns aus Dresden: Eine eigenartige Grabst. Ausstellung wurde in dieser Tage in Dresden gezeigt, organisierte eine Privatgesellschaft. Der Maler Grabst. Scheller Geo Becker hatte seine Räume seinem Freunde, dem Maler Rudolf Scheller zu einer Ausstellung zur Verfügung gestellt, und schickte mehrere von Scheller zur Verfügung stehende Werke, aber nicht nur diese, sondern auch der Fremden lebende konnte mit Genugtuung feststellen, dass hier ein Talent, das ein großes Talent, am Werke ist. Nicht mehr und nicht minder. Wohin allerdings dieses Talent streben wird, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. In der Provinz Sachsen sind die Künstler nicht so zahlreich, dass sie sich in dem Maße entfalten können, wie sie es verdienen. Die Provinz Sachsen ist ein Reich an Talent, aber es fehlt an der nötigen Förderung. Die Provinz Sachsen ist ein Reich an Talent, aber es fehlt an der nötigen Förderung.

Provinzial-Nachrichten.

Der Golpauer Streit beendet.

Golpa, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen über den Abbruch im Golpauer Streit sind beendet. Sie haben zu einem günstigen Ergebnis geführt, und die auf beiden Seiten streifende ist der Strauch auf beiden Seiten angenommen worden. Es ist zu erwarten, dass bis morgen, spätestens jedoch bis übermorgen, die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen wird.

Berburg, 15. Juli. (Eigene Eisenbahnbesonderheit.) Wie auf anderen Bahnhöfen, so wurde in letzter Zeit auch in Berburg viel gefohlen, zum Teil sogar sehr raffiniert. So drangen die Diebe durch die Luftlöcher in die Waggons und holten die Waren heraus. Dadurch wurde die Befugnis der Beamten zur Durchsuchung der Waggons durch die Beamten der Eisenbahnverwaltung aufrechterhalten. Die Diebe wurden mehrfach verhaftet und ihres Unrechts beraubt. Es ist zu erwarten, dass die Diebstahlsfälle in Zukunft noch vermehrt werden, wenn eine bestimmte Schicht der Arbeiter nicht bestraft wird. Die Provinz Sachsen ist ein Reich an Talent, aber es fehlt an der nötigen Förderung.

Magdeburg, 14. Juli. (Eigene Nachricht.) Zur Entfaltung des Reichswirtschaftsrates Landberg. Vor der zweiten Sitzung des Reichswirtschaftsrates Landberg wurden die Verhandlungen geführt gegen den früheren unabhängigen Zeitungsredakteur, den Galtwitz Vater und sechs Genossen, die der Freireisende der damaligen Reichswirtschaftsrates Landberg angeklagt waren. Die beiden Hauptangeklagten Vater und Steinbrunn wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. (Eigene Nachricht.) Halle wird nicht mitgeteilt, dass dort eine geborene Kammer entsetzt wurde, in der noch 48 Zentner Mehl und Getreide gefunden wurden. Die Kammer hat ihren Eingang durch eine zugegebene Falltür im Fußboden. In die Falltür waren vierzig Pfund Mehl gesteckt. Insgesamt fand man in der Halle noch mehr als 120 Zentner Getreide und Mehl beschlagnahmt worden.

Coburg, 15. Juli. (Eigene Nachricht.) In der Nacht zum Dienstag ist die Webfabrik C. Schneider u. Co. am Sonntagsamer mit reichem Feuermaterial, Fertigfabrikaten und Bauart niedergebrannt. Das einschneidende Gebäude gehörte dem Reichswirtschaftsrates Landberg. Die beiden Hauptangeklagten Vater und Steinbrunn wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. (Eigene Nachricht.) Halle wird nicht mitgeteilt, dass dort eine geborene Kammer entsetzt wurde, in der noch 48 Zentner Mehl und Getreide gefunden wurden. Die Kammer hat ihren Eingang durch eine zugegebene Falltür im Fußboden. In die Falltür waren vierzig Pfund Mehl gesteckt. Insgesamt fand man in der Halle noch mehr als 120 Zentner Getreide und Mehl beschlagnahmt worden.

Weis, 15. Juli. (Eigene Nachrichten.) Die hohen Lohnansprüche in der Provinz Sachsen sind durch den Reichswirtschaftsrates Landberg angeklagt waren. Die beiden Hauptangeklagten Vater und Steinbrunn wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. (Eigene Nachricht.) Halle wird nicht mitgeteilt, dass dort eine geborene Kammer entsetzt wurde, in der noch 48 Zentner Mehl und Getreide gefunden wurden. Die Kammer hat ihren Eingang durch eine zugegebene Falltür im Fußboden. In die Falltür waren vierzig Pfund Mehl gesteckt. Insgesamt fand man in der Halle noch mehr als 120 Zentner Getreide und Mehl beschlagnahmt worden.

Chebnitz, 15. Juli. (Eigene Nachrichten.) Die Staatsanwaltschaft in Chemnitz hat in einem Urteil bekannt, dass der Reichswirtschaftsrates Landberg angeklagt waren. Die beiden Hauptangeklagten Vater und Steinbrunn wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. (Eigene Nachricht.) Halle wird nicht mitgeteilt, dass dort eine geborene Kammer entsetzt wurde, in der noch 48 Zentner Mehl und Getreide gefunden wurden. Die Kammer hat ihren Eingang durch eine zugegebene Falltür im Fußboden. In die Falltür waren vierzig Pfund Mehl gesteckt. Insgesamt fand man in der Halle noch mehr als 120 Zentner Getreide und Mehl beschlagnahmt worden.

Vermischtes.

Der Kurbetrieb in Bad Cux ist eingestellt. Wie aus Bad Cux gemeldet wird, ist dort der Bade- und Kurbetrieb eingestellt. Die Angelegenheiten sind in den Auslands getreten, da die Gesundheitsforderungen zum Landwirtschafsamministrationsrat, das dafür zuständig ist, bisher nicht genehmigt worden sind. Es sind neue Verhandlungen mit dem Ministerium angeknüpft.

Der Tod in den Niagarafällen fand, wie aus New York gemeldet wird, der Engländer Stephan bei dem Versuch, die Niagarafälle in einem für diesen Zweck gebauten hölzernen Boot zu durchschwimmen. Ein schwerer Autounfall von Claire Dux. Die auch in Halle und Umgegend gefeierte Berliner Opernsängerin Claire Dux erlitt einen schweren Autounfall. Während Frau Dux mit einem Verrennen und unbedeutenden Verletzungen davonkam, wurde ihrer Begleiterin durch Splitter die Halsader durchgeschnitten, so dass sie verstarb.

Eine Melodiere. Eine Wandertheater ist in dem hiesigen Hofmarschallhaus in Halle für den Roggen zu erwarten. Von dem Wintergetreide, das diesmal ganz besonders gut steht, fällt namentlich der Roggen aus. Roggenfeldern von zwei Meter Höhe, die sonst eine große Seltenheit waren, finden diesmal den Durchgang. Darüber hinaus gibt es aber auch viel noch Roggenhalme von 2,20, 2,40 Meter, und ein Landwirt in der Gemeinde Altenbrügge hat sogar ein Roggenfeld aufzuweisen, dessen Halme bis zu 2,50 Meter und darüber hinaus als wohl nun nicht mehr zu überlebende Höhe erreicht emporen. Dabei weisen

diese Halme auch bemerkenswert breite und lange Ähren auf, so daß neben dem Strohhack auf die Roggenfelder Melodiere erreichen dürfte. Ob dann auch unser Brot endlich wieder billiger wird?

Der Raub aus der Münchner Metzgerei. In der Nacht zum 20. November wurden an der Fleischerei des Kasslers der Münchner Metzgerei 200 000 Mark Borsalz und Wertpapier geraubt. Nummer 18 ist gelungen, den Hauptstiel in dem Metzgerei-Dammgasse festzunehmen. Mitbeteiligt sind der Metzgerei-Dammgasse in Berlin verhaftet worden konnte. Es wurden noch 120 000 Mark vorgefunden. Die Mutter des Dammgasse hat, wie ich mitgeteilt wurde, dafür gebietet, daß der Einbruch gelingen möge.

Handwerker nach Sotschi-Rußland. Unter der Arbeiterschaft der Provinz Sachsen sind eine Anzahl Arbeiter, die die Handwerker nach Sotschi-Rußland betreiben. In Sotschi befindet sich ein Auswanderer-Verein O. K. der den Zweck verfolgt, Auswanderungsstellen nach Rußland zu liefern. Der Verein hat in allen größeren Städten des Ruhrgebietes Ortsgruppen gebildet. In Sotschi haben sich 17 Familien aus Sotschi und Umgegend für die Auswanderung gemeldet. Die Ausreise soll schon in der nächsten Zeit beginnen. Der Auswanderer-Verein ist mit der Provinz Sachsen verbunden, und zwar ist die Mittel- und Südbahn durch den Kanal verbunden.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die Aufgaben des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 15. Juli. Der Reichswirtschaftsrat Ober von Braun führte vor Vorkessretretern über die Organisation und Aufgaben des Reichswirtschaftsrates u. a. aus: Der Reichswirtschaftsrat ist das Wirtschaftsparlament. Wenigstens werden nur in beschränktem Umfang abgelehnt. Die Körperschaft von 324 Mitgliedern ist zu groß, um eine produktive Arbeit zu leisten, deshalb ist die Hauptaufgabe des Reichswirtschaftsrates in Ausschüsse zerlegt. Von diesen sind bisher drei gebildet worden: Geschäftsführungs-Ausschuss, der wirtschaftlich politische und der sozialpolitischen Ausschuss. Die Ausschüsse sollen auch während der Vertagung des Reichswirtschaftsrates selbst tagen. Ferner ist die Bildung eines Ernährungs-ausschusses bereits beschlossen. In der nächsten Zukunft rückt auch die Aufgabe zu lösen. Die Frage der Zwangsverpflichtung, die nach der öffentlichen Meinung die Bedürfnisse des heutigen Wirtschaftswirtschafts nicht mehr entspricht, zerteilt die Erhebung der Wirtschaft und Veränderung der Steuererhebung aufbauen muß, nach letztere nach Ansicht Brauns mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht im Einklang steht.

Der französisch-deutsche Zwischenfall in Berlin.

Berlin, 15. Juli. Amlich wird mitgeteilt, der Zwischenfall, der sich gestern am französischen Nationalkongress am Pariser Platz ereignet hat, wurde in einer Kabinetttagung erörtert. Dabei wurde mitgeteilt, daß die französische Botschaft auf ihre Weisung, den Tag in der auch früher gebräuchlich war, zu feiern und die Klänge auf dem Reichstagshaus zu spielen, am Vormittag hingelassen und Sicherheitsmaßnahmen angeordnet hatte. Das Polizeipräsidium von Berlin war von Auswärtigen Amt unter ausdrücklichem Hinweis auf die politische Bedeutung der Angelegenheit erlucht worden, zur Verhütung jeglicher Störungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Um so schärfer ist die Unzulässigkeit zu verurteilen, mit dem die Maßnahmen des Polizeipräsidiums getroffen oder durchgeführt wurden. Das Kabinett war in der entscheidenden Beurteilung des Zwischenfalls einig. In einer gemeinsamen Erklärung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts hinsichtlich der Ereignisse darüber, daß die vom französischen Minister beschlossenen Maßnahmen, die ohne Kenntnis der Reichsregierung und der preussischen Regierung von der Sicherheitspolizei ausgegebene Darstellung, nach der sich französische Offiziere und Matrosen provozierend benommen hätten, hat sich nicht befriedigt.

W. B. Spa, 15. Juli. (Drahtnachricht.) (Havas.) Die Mitteilung von dem Zwischenfall an der französisch-deutschen Botschaft in Berlin ist gestern abend spät hier eingetroffen. Man scheint ihr außerordentliche Bedeutung beizumessen. Aus der ersten Nachricht geht hervor, daß es sich um einen Fall handelt, der von der Reichsregierung nicht gebilligt wird. Unter diesen Umständen wird er kaum neue Verbindungen in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern hervorzuheben. Am 15. Juli. Reichsminister Preussens hat Witterung schriftlich sein Bedauern über den Zwischenfall in Berlin ausgesprochen.

Die Entwaaffnungsverpflichtung.

W. B. Berlin, 15. Juli. (Drahtnachricht.) Die Nachrichtenstelle des Reichsministers des Innern teilt mit: Auf Grund verschiedener Anfragen sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die Reichsregierung zur Ausführung der hinsichtlich der Entwaaffnung übernommenen Verpflichtungen die erforderlichen gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen eingeleitet hat.

U. S. P. D. - die dritte Internationale.

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Um einen Ausfluß an Moskau zu finden, haben die Unabhängigen einen Ausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, um Aufnahme in die dritte Internationale zu erlauben. Die Forderungen der russischen Bolschewikerei gehen darauf hin, daß von den Unabhängigen verlangt wird, sie mögen sich von dem Führer der dritten Internationale, dem russischen Bolschewikerei, trennen. In Berlin wird man sich über die Aufnahme in den Ausschuss eingehend erkundigen, der auf die Aufnahme in die dritte Internationale einen Ausschuss bilden wird. Die Aufnahme in die dritte Internationale wird von dem Ausschuss abhängig sein, der auf die Aufnahme in die dritte Internationale einen Ausschuss bilden wird.

Wiedereröffnung der Letztbündnisse Beziehungen.

W. B. Berlin, 15. Juli. (Drahtnachricht.) Heute ist im Auswärtigen Amt zwischen dem Reichswirtschaftsrat Deutschlands und Letztbündnisse ein vorläufiges Abkommen über die Wiedereröffnung der Beziehungen zwischen Deutschland und Letztbündnisse unterzeichnet worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden, von dem das Inkrafttreten des Abkommens abhängt, wird erfolgen, sobald die beiderseitigen erforderlichen Massnahmen die Ratifikationsurkunden ausgetauscht haben werden.

